

# Öffentliches Recht

Ein Basislehrbuch zum Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht mit Übungsfällen

Bearbeitet von  
Von Prof. Dr. Steffen Detterbeck

11. Auflage 2018. Buch. Rund 830 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 8006 5718 6  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Wirtschaft > Wirtschaftswissenschaften: Allgemeines > Recht für  
Wirtschaftswissenschaftler

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Detterbeck  
Öffentliches Recht



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Öffentliches Recht

Ein Basislehrbuch  
zum Staatsrecht, Verwaltungsrecht  
und Europarecht mit Übungsfällen

von

Prof. Dr. Steffen Detterbeck

11., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen München

**Der Autor**

Prof. Dr. Steffen Detterbeck lehrt Staats- und Verwaltungsrecht an der Philipps-Universität Marburg und ist Richter am Hessischen Staatsgerichtshof.

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG  
**www.vahlen.de**

ISBN 978 3 8006 5718 6

© 2018 Verlag Franz Vahlen GmbH, Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz: PDF-Datei des Autors

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Dieses Buch wendet sich an alle, die sich die zentralen und prüfungsrelevanten Grundlagen des öffentlichen Rechts erarbeiten wollen und den Kauf sowie die Lektüre mehrerer einzelner Bücher in einem Gesamtumfang von etwa 1.500 Seiten oder mehr scheuen. Ziel ist es, dem Leser in klarer und leicht verständlicher Sprache die Grundstrukturen des Verfassungsrechts, des Verfassungsprozessrechts, des allgemeinen Verwaltungsrechts einschließlich des Staatshaftungsrechts, des Verwaltungsprozessrechts und des Europarechts zu vermitteln. Großer Wert wird auf die Darstellung der besonders prüfungsrelevanten Probleme und Fallkonstellationen gelegt. Zahlreiche Hervorhebungen, Fallbeispiele sowie Übersichten und Prüfschemata erleichtern das Erfassen des Stoffes. Die Übungsfälle mit Musterlösungen sind Originalklausuren aus Anfänger- und Fortgeschrittenenübungen sowie der ersten juristischen Prüfung. Sie dienen nicht der Stoffvermittlung. Sie sollen lediglich exemplarisch belegen, welche Fallkonstellationen und Probleme in Prüfungsarbeiten möglich sind und wie sie aufbaumäßig und argumentativ bewältigt werden können. Die Lehrbuchteile decken die Übungsfälle thematisch vollständig ab. Sie können deshalb ohne weitere Hilfen eigenständig gelöst werden.

Das Buch eignet sich sowohl für Anfänger, die sich die oben genannten Teilgebiete des öffentlichen Rechts sukzessive erarbeiten wollen, als auch für Fortgeschrittene, denen an einer raschen und konzentrierten Wiederholung und Prüfungsvorbereitung gelegen ist. Daneben wendet es sich auch an die am öffentlichen Recht besonders interessierten Studenten nichtjuristischer Fachbereiche, die Prüfungen im öffentlichen Recht vorsehen.

Die Neuauflage wurde für eine umfassende Aktualisierung genutzt. Alles wurde gründlich überdacht und überarbeitet. Wichtige neue Rechtsentwicklungen wurden eingearbeitet. Viele prüfungsrelevante Gegenstände wurden vertieft und erweitert. Zahlreiche Fallbeispiele kamen hinzu. Deshalb hat das Buch auch umfangmäßig zugelegt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die oben genannten Rechtsgebiete auf insgesamt lediglich 650 Seiten präsentiert werden. Die restlichen etwa 110 Textseiten mit den Übungsfällen gehören nicht mehr zum Lehrbuchteil. Im Vergleich zu den etwa 1.500 Seiten, die im Falle der Lektüre entsprechender einzelner Lehrbücher zu bewältigen wären, erscheint dieses Buch als kompakte und überschaubare Gesamtalternative.

Schon aus Platzgründen kann in einem Lehrbuch dieses Zuschnitts nicht allen denkbaren Fallkonstellationen und Sonderproblemen Rechnung getragen werden. Jedoch sollte der Student, der dieses Buch – ggf. nach Maßgabe der stofflichen Vorgaben der Dozenten in den Vorlesungen und Übungen – durcharbeitet, in der Lage sein, nicht nur die gängigen prüfungsrelevanten Fragen zu beantworten, sondern auch für unbekannte Probleme, ausgehend von einem soliden Grundlagenwissen, zumindest akzeptable Lösungen zu entwickeln.

Es wird eine gemäßigte neue Rechtschreibung verwendet. Orthographische Grausamkeiten wie z.B. drei aufeinanderfolgende, von Vokalen eingerahmte gleichlautende Konsonanten werden vermieden.

Meine Sekretärin Frau Petra Kühn hat mein gewiss nicht leicht zu lesendes handschriftliches Manuskript datentechnisch erfasst. Meine studentischen Mitarbeiterinnen Frau Hanna Kehl, Frau Sophia Nispel und Frau Günfer Tonak haben sorgfältig Korrektur gelesen.

Hinweise auf (Flüchtigkeits-)Fehler, Anregungen und vor allem Verbesserungsvorschläge aus dem Leserkreis sind mir wiederum sehr willkommen. Sie erreichen mich unter folgender Adresse: Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Institut für Öffentliches Recht, Philipps-Universität Marburg, Universitätsstraße 6, 35032 Marburg oder [detterbeck@staff.uni-marburg.de](mailto:detterbeck@staff.uni-marburg.de).

Marburg, im Mai 2018

*Steffen Detterbeck*



beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsübersicht

Rn.

## Teil 1: Staatsrecht

### Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht

§ 1	Das Bundesstaatsprinzip .....	8
§ 2	Das Rechtsstaatsprinzip .....	13
§ 3	Das Demokratieprinzip .....	43
§ 4	Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz .....	76
§ 5	Der Bundestag .....	80
§ 6	Der Bundesrat .....	113
§ 7	Die Bundesregierung .....	116
§ 8	Der Bundespräsident .....	127
§ 9	Gesetzgebung .....	131
§ 10	Verwaltung .....	189
§ 11	Rechtsprechung .....	216

### Zweites Kapitel: Grundrechte

§ 12	Begriff und Bedeutung der Grundrechte .....	249
§ 13	Aufbau einer Grundrechtsprüfung .....	273
§ 14	Die einzelnen Grundrechte .....	320
§ 15	Der Schutz der Verfassung .....	551

### Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit

§ 16	Allgemeine Bedeutung .....	555
§ 17	Die Verfahrensarten im einzelnen .....	559
§ 18	Die Entscheidung des BVerfG .....	663

## Teil 2: Verwaltungsrecht

### Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht

§ 19	Begriff der Verwaltung und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts .....	670
§ 20	Die Verwaltungsverfahrensgesetze .....	673
§ 21	Verwaltungsorganisation .....	675
§ 22	Grundbegriffe des Verwaltungsrechts .....	680
§ 23	Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen .....	717
§ 24	Privatrechtliches Handeln der Verwaltung .....	845
§ 25	Subventionsrecht .....	861



**Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht**

§ 26 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten .....	897
§ 27 Sonderformen des Rechtsschutzes .....	965
§ 28 Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens .....	1006

**Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht**

§ 29 Die wichtigsten Haftungsinstitute .....	1011
--	------

**Teil 3: Europarecht**

§ 30 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung .....	1103
§ 31 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts .....	1124
§ 32 Die Europäischen Grundrechte .....	1146
§ 33 Die Grundfreiheiten .....	1152
§ 34 Die Haftung der Europäischen Union .....	1197
§ 35 Rechtsschutz durch den EuGH .....	1202
§ 36 EU-Recht und nationales Recht .....	1231

**Teil 4: Übungsfälle**

	Seite
Fall 1: Das Bundeshundegesetz .....	653
Fall 2: Fragwürdige Bundesstatistik .....	663
Fall 3: Das Baugewerbegesetz .....	673
Fall 4: Weg mit den Pfunden .....	683
Fall 5: Ein Bayer in Hessen .....	695
Fall 6: Der Schokoladenfall .....	703
Fall 7: Die Subventionsrichtlinie .....	715
Fall 8: Rückforderung einer EU-rechtswidrigen Subvention .....	723
Fall 9: Die unmögliche Vertragsrückabwicklung .....	737
Fall 10: Der freie Arzneimittelverkehr in der EU .....	747

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata .....	XXXV
Hinweise auf Gesetzessammlungen und Literatur .....	XXXVIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XLVI
Abkürzungsverzeichnis .....	XLIX

Rn.

## Teil 1: Staatsrecht

<b>Einführung</b> .....	1
<b>Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht</b> .....	7
<b>§ 1 Das Bundesstaatsprinzip</b> .....	8
<b>§ 2 Das Rechtsstaatsprinzip</b> .....	13
I. Allgemeine Bedeutung .....	13
II. Einzelausprägungen des Rechtsstaatsprinzips .....	15
1. Normenhierarchie .....	15
a) Geschriebenes Recht .....	16
aa) Verfassungen .....	16
bb) Formelle Gesetze .....	17
cc) Materielle Gesetze .....	18
aaa) Begriffsklärung .....	18
bbb) Rechtsverordnungen .....	19
ccc) Satzungen .....	20
dd) Verwaltungsvorschriften .....	22
b) Ungeschriebenes Recht .....	24
c) Rangordnung der Rechtsquellen .....	25
– Übersicht 1: Normenpyramide .....	25
2. Gewaltenteilung .....	28
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	31
a) Vorrang des Gesetzes .....	32
b) Vorbehalt des Gesetzes .....	33
aa) Begriff .....	33
bb) Abgrenzungen .....	34
aaa) Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte .....	34
bbb) Wesentlichkeitstheorie .....	35
ccc) Parlamentsvorbehalt .....	36
ddd) Bestimmtheitsgrundsatz .....	37

cc) Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes und Regelungsdichte	38
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	39
5. Vertrauensschutz – Rückwirkungsverbote .....	40
6. Weitere rechtsstaatliche Erfordernisse .....	41
7. Die Sicherung und Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips .....	42
– Übersicht 2: Rechtsstaatsprinzip .....	42
<b>§ 3 Das Demokratieprinzip .....</b>	<b>43</b>
I. Grundsätze .....	43
II. Die politischen Parteien .....	48
1. Allgemeine Bedeutung .....	48
2. Begriff der Partei .....	49
3. Rechtlicher Status und Rechte .....	52
4. Parteienfinanzierung .....	59
5. Das Parteienprivileg .....	61
a) Parteiverbot .....	61
b) Ausschluss von der staatlichen Finanzierung .....	64
III. Wahlen .....	65
1. Wahlrechtsgrundsätze .....	65
2. Die einfachgesetzliche Regelung der Bundestagswahlen .....	71
<b>§ 4 Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel</b>	
<b>Umwelt- und Tierschutz</b> .....	76
I. Das republikanische Prinzip .....	76
II. Das Sozialstaatsprinzip .....	77
III. Das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz .....	79
<b>§ 5 Der Bundestag .....</b>	<b>80</b>
I. Rechtsstellung und Funktionen .....	80
II. Wahlperiode (Amtsdauer) .....	88
III. Organisation .....	92
1. Geschäftsordnung .....	92
2. Organe, Hilfsorgane und Untergliederungen des Bundestages .....	94
a) Bundestagspräsident .....	94
b) Fraktionen und Gruppen im Bundestag .....	96
c) Ausschüsse .....	98
3. Die Abgeordneten .....	103
a) Statusrechte .....	103
b) Indemnität und Immunität .....	107
aa) Indemnität .....	107
bb) Immunität .....	109
cc) Rechtsnatur und Rechtsschutz .....	110
c) Rechtfertigung von Eingriffen in die Abgeordnetenrechte .....	111
4. Die Opposition .....	112
<b>§ 6 Der Bundesrat .....</b>	<b>113</b>

<b>§ 7 Die Bundesregierung</b>	116
I. Zusammensetzung und Bildung	116
1. Der Bundeskanzler	117
2. Die Bundesminister	122
II. Aufgabenverteilung	123
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Kanzlerprinzip), Art. 65 S. 1 GG	123
2. Ressortprinzip, Art. 65 S. 2 GG	124
3. Kollegialprinzip, Art. 65 S. 3, 4 GG	126
<b>§ 8 Der Bundespräsident</b>	127
<b>§ 9 Gesetzgebung</b>	131
I. Gesetzgebungskompetenzen	131
1. Die Grundregel der Art. 30, 70 GG	131
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	135
3. Konkurrierende Gesetzgebung	138
4. Grundsatzgesetzgebung	148
5. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	151
a) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	152
b) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs	153
c) Annexkompetenz des Bundes	154
6. Kompetenzrechtliche Standardprobleme	156
– Übersicht 3: Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern	162
– Übersicht 4: Gesetzgebungskompetenzen (Prüfschema)	163
II. Gesetzgebungsverfahren	164
1. Einleitungsverfahren	166
2. Hauptverfahren	167
a) Der Gesetzesbeschluss im Bundestag	167
b) Die Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen	168
c) Das Zustandekommen von Gesetzen	172
aa) Einspruchsgesetze	173
bb) Zustimmungsgesetze	175
3. Abschlussverfahren	176
– Übersicht 5: Gesetzgebungsverfahren, Art. 76 ff. GG (Prüfschema)	177
4. Sonderproblem: Die Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten	178
a) Formelles Prüfungsrecht	180
b) Formelle Prüfungspflicht	181
c) Materielles Prüfungsrecht	182
d) Materielle Prüfungspflicht	185
<b>§ 10 Verwaltung</b>	189

I. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung .....	189
– Übersicht 6: Staatsgewalten .....	192
II. Die grundgesetzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis .....	193
1. Grundsatz .....	193
2. Die Systematik der Art. 83 ff. GG .....	195
a) Die gesetzesakzessorische Verwaltung (Vollzug von Gesetzen) ..	196
aa) Landesgesetze .....	196
bb) Bundesgesetze .....	197
aaa) Landeseigener Vollzug .....	197
bbb) Auftragsverwaltung der Länder .....	199
ccc) Bundeseigener Vollzug .....	202
b) Die nicht gesetzesakzessorische (gesetzesfreie) Verwaltung .....	206
3. Die prinzipielle Unzulässigkeit von Mischverwaltung .....	209
III. Die kommunale Selbstverwaltung .....	210
<b>§ 11 Rechtsprechung</b> .....	216
– Übersicht 7: Gerichtsbarkeit .....	221
<b>Zweites Kapitel: Grundrechte</b> .....	249
<b>§ 12 Begriff und Bedeutung der Grundrechte</b> .....	249
I. Grundaussage .....	249
II. Der Standort der Grundrechte .....	250
III. Grundrechtsfunktionen .....	252
1. Multifunktionalität .....	252
2. Status-Lehre von Georg Jellinek .....	253
a) Status negativus .....	253
b) Status positivus .....	254
c) Status activus .....	255
3. Grundrechte als objektives Recht .....	256
4. Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates .....	259
IV. Grundrechtsberechtigte .....	261
V. Grundrechtsverpflichtete .....	268
<b>§ 13 Aufbau einer Grundrechtsprüfung</b> .....	273
I. Eröffnung des Schutzbereichs .....	276
1. Sachlicher Schutzbereich .....	276
2. Personeller Schutzbereich .....	278
II. Eingriff in den Schutzbereich .....	282
– Übersicht 8: Grundrechtseingriff .....	282
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs .....	293
1. Existenz einer Grundrechtsschranke .....	293
2. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	297
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	298
a) Spezielle Anforderungen .....	299

b) Allgemeine Anforderungen .....	300
aa) Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	300
– Übersicht 9: Verhältnismäßigkeitsprinzip (Prüfschema) .....	309
bb) Sonstige Anforderungen .....	310
– Übersicht 10: Grundrechtsmäßigkeit formeller Gesetze (Prüfschema) .....	318
– Übersicht 11: Grundrechtsmäßigkeit von Maßnahmen der Exekutive und Judikative (Prüfschema) .....	319
<b>§ 14 Die einzelnen Grundrechte .....</b>	<b>320</b>
I. Menschenwürde, Art. 1 I GG .....	321
1. Schutzbereich .....	321
2. Eingriffe .....	322
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	323
II. Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG .....	325
1. Schutzbereich .....	325
2. Eingriffe .....	325
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	326
4. Verhältnis zu anderen Grundrechten (Konkurrenzen) .....	328
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG .....	331
1. Schutzbereich .....	331
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	335
IV. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 II 1 GG .....	336
1. Schutzbereich .....	336
a) Recht auf Leben .....	336
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit .....	337
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	338
V. Freiheit der Person, Art. 2 II 2, 104 GG .....	339
1. Schutzbereich .....	339
2. Eingriffe .....	340
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	341
VI. Gleichheitsrechte, Art. 3, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG .....	342
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 I GG .....	342
a) Allgemeine Bedeutung .....	342
b) Prüfungsaufbau .....	343
– Übersicht 12: Art. 3 I GG (Prüfschema) .....	353
c) Bedeutung für Exekutive und Judikative .....	358
d) Besonderheiten .....	361
2. Spezielle Gleichheitssätze, Art. 3 II, III, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG .....	363
a) Verhältnis zu Art. 3 I GG .....	363
b) Art. 3 II, III GG .....	364
c) Gleichstellung unehelicher Kinder, Art. 6 V GG .....	370
d) Art. 33 I-III GG .....	371
aa) Gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Art. 33 I GG .....	371
bb) Gleicher Zugang zum öffentlichen Dienst, Art. 33 II GG .....	372

cc) Verbot religiöser und weltanschaulicher Diskriminierung, Art. 33 III GG .....	373
VII. Glaubens-, Gewissensfreiheit und Recht auf Kriegsdienst- verweigerung, Art. 4 GG .....	374
1. Systematik .....	374
2. Glaubensfreiheit, Art. 4 I, II GG .....	375
a) Schutzbereich .....	375
b) Eingriffe .....	378
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	380
3. Gewissensfreiheit, Art. 4 I GG .....	381
a) Schutzbereich .....	381
b) Eingriffe .....	383
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	384
4. Kriegsdienstverweigerungsrecht, Art. 4 III 1 GG .....	385
VIII. Die Grundrechte des Art. 5 GG .....	388
1. Meinungsfreiheit, Art. 5 I 1, 1. Alt. GG .....	389
a) Schutzbereich .....	389
b) Eingriffe .....	394
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	395
aa) Grundrechtsschranken .....	395
aaa) Allgemeine Gesetze (erste Schranke des Art. 5 II GG) ...	396
bbb) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend (zweite Schranke des Art. 5 II GG) .....	399
ccc) Recht der persönlichen Ehre (dritte Schranke des Art. 5 II GG) .....	400
ddd) Weitere, vor allem verfassungsimmanente Schranken ..	401
bb) Zensurverbot, Art. 5 I 3 GG .....	404
2. Informationsfreiheit, Art. 5 I 1, 2. Alt. GG .....	405
a) Schutzbereich .....	405
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	406
3. Pressefreiheit, Art. 5 I 2, 1. Var. GG .....	407
a) Schutzbereich .....	407
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	412
c) Verhältnis zu anderen Grundrechten .....	413
4. Rundfunkfreiheit, Art. 5 I 2, 2. Var. GG .....	414
5. Kunstfreiheit, Art. 5 III 1, 1. Alt. GG .....	418
6. Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 III 1, 2. Alt. GG .....	421
IX. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 GG .....	423
1. Systematik .....	423
2. Ehe und Familie, Art. 6 I GG .....	424
a) Schutzbereich .....	424
aa) Ehe .....	424
bb) Familie .....	426
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	427
3. Elternrecht, Art. 6 II, III GG .....	428
a) Schutzbereich .....	428

b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	429
X. Schulwesen, Art. 7 GG .....	431
1. Staatliche Schulaufsicht, Art. 7 I GG .....	432
2. Teilnahme am Religionsunterricht, Art. 7 II GG .....	433
3. Religionsunterricht, Art. 7 III GG .....	433
4. Privatschulfreiheit, Art. 7 IV, V GG .....	434
5. Verbot von Vorschulen, Art. 7 VI GG .....	435
XI. Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG .....	436
1. Schutzbereich .....	436
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	439
XII. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 9 GG .....	441
1. Vereinigungsfreiheit, Art. 9 I GG .....	441
a) Schutzbereich .....	441
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	444
2. Koalitionsfreiheit, Art. 9 III GG .....	446
a) Schutzbereich .....	446
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	450
XIII. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG .....	451
1. Schutzbereich .....	451
a) Systematik .....	451
b) Briefgeheimnis .....	452
c) Postgeheimnis .....	453
d) Fernmeldegeheimnis .....	454
2. Eingriffe .....	455
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	456
XIV. Freizügigkeit, Art. 11 GG .....	457
1. Schutzbereich .....	457
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	459
XV. Berufsfreiheit, Art. 12 I GG .....	460
1. Schutzbereich .....	460
a) Übersicht .....	460
b) Begriff des Berufs .....	463
c) Art. 12 I 1 GG als Teilhaberecht .....	465
2. Eingriffe .....	466
3. Qualifizierung des Eingriffs .....	469
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	475
a) Gesetzliche Ermächtigungsgrundlage .....	475
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	476
c) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	477
– Übersicht 13: Art. 12 I GG (Prüfschema) .....	485
XVI. Schutz vor Arbeitszwang und Zwangsarbeit, Art. 12 II, III GG .....	486
XVII. Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG .....	487
1. Schutzbereich .....	487
2. Eingriffe .....	489
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	490
a) Durchsuchungen, Art. 13 II GG .....	490



b) Lauschangriffe, Art. 13 III-VI GG .....	492
c) Sonstige Eingriffe und Beschränkungen, Art. 13 VII GG .....	493
XVIII. Eigentum und Erbrecht, Art. 14 GG .....	495
1. Schutzbereich .....	496
a) Eigentum, Art. 14 I 1 GG .....	496
aa) Vermögenswerte Rechte jedenfalls des Privatrechts .....	496
bb) Nutzung, Verfügung und Veräußerung .....	497
cc) Nicht das Vermögen als solches .....	498
dd) Keine bloßen Gewinn- und Erwerbschancen .....	500
ee) Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb .....	502
ff) Öffentlich-rechtliche vermögenswerte Rechte .....	511
gg) Art. 14 I 1 GG als Institutsgarantie .....	512
b) Erbrecht .....	513
2. Eingriffe .....	514
3. Qualifizierung des Eingriffs .....	515
a) Das Erfordernis und die Schwierigkeit der Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen gegenüber Enteignungen ..	515
b) Inhalts- und Schrankenbestimmung, Art. 14 I 2 GG .....	517
c) Enteignung, Art. 14 III GG .....	518
d) Konsequenzen und Fallanwendung .....	521
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	525
a) Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	525
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	525
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	526
aaa) Verhältnismäßigkeit .....	526
bbb) Bestimmtheitsgrundsatz .....	529
ccc) Sonstiges Verfassungsrecht .....	530
b) Enteignung .....	531
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	531
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	531
aaa) Gemeinwohlbindung, Art. 14 III 1 GG .....	531
bbb) Entschädigungsregelung, Art. 14 III 2, 3 GG .....	532
ccc) Verhältnismäßigkeit .....	533
ddd) Bestimmtheitsgrundsatz .....	533
5. Folge der Verfassungswidrigkeit .....	534
– Übersicht 14: Art. 14 GG (Prüfschema) .....	535
6. Sozialisierung, Art. 15 GG .....	536
a) Allgemeine Bedeutung .....	536
b) Begriff, Voraussetzungen und Folgen der Sozialisierung .....	537
XIX. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Asylrecht, Art. 16, 16a GG .....	541
1. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Art. 16 GG .....	541
2. Asylrecht, Art. 16a GG .....	542
a) Drittstaatenregelung, Art. 16a II GG .....	543
b) Sichere Herkunftsstaaten, Art. 16a III GG .....	544
c) Weitere Einschränkungen .....	544

XX. Petitionsrecht, Art. 17 GG .....	545
XXI. Widerstandsrecht, Art. 20 IV GG .....	548
XXII. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums, Art. 33 V GG ..	549
<b>§ 15 Der Schutz der Verfassung .....</b>	<b>551</b>
<b>Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit .....</b>	<b>555</b>
<b>§ 16 Allgemeine Bedeutung .....</b>	<b>555</b>
<b>§ 17 Die Verfahrensarten im einzelnen .....</b>	<b>559</b>
I. Organstreitverfahren, Art. 93 I Nr. 1 GG, § 13 Nr. 5,	
§§ 63 ff. BVerfGG .....	561
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner) .....	562
2. Angriffsgegenstand .....	566
3. Antragsbefugnis .....	567
4. Form und Frist .....	571
5. Rechtsschutzbedürfnis .....	572
II. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6,	
§§ 76 ff. BVerfGG .....	574
1. Antragsteller .....	575
2. Antragsgegenstand (Kontrollgegenstand) .....	576
3. Klarstellungsinteresse .....	577
4. Form und Frist .....	578
III. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2a GG, § 13 Nr. 6a,	
§§ 76 II ff. BVerfGG .....	580
IV. Bund-Länder-Streit, Art. 93 I Nr. 3 GG, § 13 Nr. 7,	
§§ 68 ff. BVerfGG .....	582
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner) .....	583
2. Antragsgegenstand (Angriffsgegenstand) .....	584
3. Antragsbefugnis .....	585
4. Vorverfahren .....	586
5. Form und Frist .....	586
V. Andere Streitigkeiten gem. Art. 93 I Nr. 4 GG, § 13 Nr. 8,	
§§ 71 f. BVerfGG .....	587
VI. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4a GG, § 13 Nr. 8a,	
§§ 90 ff. BVerfGG .....	588
1. Beschwerdefähigkeit (Parteifähigkeit) .....	589
2. Prozessfähigkeit .....	596
3. Beschwerdegegenstand .....	597
4. Beschwerdebefugnis .....	599
a) Möglichkeit der Grundrechtsverletzung .....	600
b) Betroffenheit .....	605
aa) Selbst .....	606
bb) Gegenwärtig .....	607
cc) Unmittelbar .....	609

5. Rechtswegerschöpfung, § 90 II BVerfGG .....	616
a) Grundsatz .....	616
b) Ausnahmen .....	619
6. Grundsatz der allgemeinen Subsidiarität der Verfassungs- beschwerde .....	620
a) Allgemeine Bedeutung .....	620
b) Fallanwendung .....	622
c) Entsprechende Geltung von § 90 II 2 BVerfGG .....	627
7. Form .....	633
8. Frist .....	634
9. Prozessvertretung .....	635
VII. Kommunale Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4b GG, § 13 Nr. 8a, §§ 91 ff. BVerfGG .....	638
1. Beschwerdefähigkeit .....	639
2. Beschwerdegegenstand .....	639
3. Beschwerdebefugnis .....	640
a) Möglichkeit der Verletzung von Art. 28 II GG .....	640
b) Betroffenheit .....	640
4. Rechtswegerschöpfung .....	641
5. Subsidiarität .....	641
6. Form, Frist .....	641
VIII. Konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, § 13 Nr. 11, §§ 80 ff. BVerfGG .....	642
1. Anhängiges Gerichtsverfahren .....	643
2. Formelles und nachkonstitutionelles Gesetz .....	644
3. Überzeugung des Gerichts von der Grundgesetzwidrigkeit des Gesetzes (bzw. von der Bundesrechtswidrigkeit eines Landesgesetzes) .....	646
4. Entscheidungserheblichkeit .....	647
5. Form .....	649
IX. Kompetenzfreigabeverfahren, Art. 93 II GG, § 13 Nr. 6b, § 97 BVerfGG .....	650
X. Nichtanerkennungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4c GG, § 13 Nr. 3a, §§ 96a ff. BVerfGG .....	651
XI. Wahlprüfungsbeschwerde .....	651
1. Beschwerdeberechtigte .....	653
2. Beschwerdegegenstand .....	654
3. Vorherige Wahlprüfung durch den Bundestag .....	654
4. Beschwerdebefugnis .....	655
5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	656
6. Form und Frist .....	657
XII. Sonstige bundesverfassungsgerichtliche Verfahren .....	660
– Übersicht 15: Bundesverfassungsgerichtliche Verfahrensarten (Prüfschema) .....	662
<b>§ 18 Die Entscheidung des BVerfG .....</b>	<b>663</b>

## Teil 2: Verwaltungsrecht

<b>Einführung</b> .....	668
<b>Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht</b> .....	670
<b>§ 19 Begriff der Verwaltung und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts</b> ...	670
I. Begriff der Verwaltung .....	670
II. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts .....	672
<b>§ 20 Die Verwaltungsverfahrensgesetze</b> .....	673
<b>§ 21 Verwaltungsorganisation</b> .....	675
I. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung .....	675
II. Träger der Verwaltung .....	677
1. Juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	677
a) Körperschaften .....	678
b) Anstalten .....	678
c) Stiftungen .....	678
2. Beliehene .....	679
a) Begriff .....	679
b) Abgrenzungen .....	679
3. Privatrechtlich organisierte Verwaltungsträger .....	679
<b>§ 22 Grundbegriffe des Verwaltungsrechts</b> .....	680
I. Wichtige Rechts- und Handlungsgrundsätze .....	680
1. Grundsatz der Bestimmtheit, Vorhersehbarkeit und Messbarkeit des Verwaltungshandelns .....	680
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	680
3. Willkürverbot .....	681
4. Grundsatz des Vertrauensschutzes .....	681
II. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	682
III. Ermessen, Beurteilungsspielraum und unbestimmter Rechtsbegriff ...	683
1. Gebundene und nichtgebundene Verwaltung .....	683
2. Ermessen .....	684
a) Gesetzliche Einordnung .....	684
– Übersicht 16: gebundene Verwaltung – Ermessensverwaltung	685
b) Einräumung von Ermessen .....	686
c) Grenzen des Ermessens .....	687
aa) Gesetzliche Vorgaben .....	687
bb) Fallgruppen .....	689
aaa) Ermessensnichtgebrauch (Ermessensunterschreitung) ....	689
bbb) Ermessensüberschreitung .....	690
ccc) Ermessensfehlgebrauch .....	691

ddd) Verstoß gegen Grundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze .....	692
eee) Missachtung einer Ermessensreduzierung auf Null .....	693
d) Intendiertes Ermessen .....	694
e) Gerichtlicher Rechtsschutz .....	696
aa) Anfechtungsklage .....	696
bb) Verpflichtungsklage .....	697
3. Unbestimmter Rechtsbegriff .....	698
a) Bedeutung .....	698
b) Gesetzliche Einordnung .....	701
c) Unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum .....	702
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum (Fallgruppen) .....	704
aa) Prüfungs- und prüfungsähnliche Entscheidungen .....	704
bb) Beamtenrechtliche Beurteilungen .....	707
cc) Höchstpersönliche Akte wertender Erkenntnis .....	708
dd) Prognose- und Risikoentscheidungen, insbesondere im Umwelt- und Wirtschaftsrecht .....	709
e) Grenzen des Beurteilungsspielraums und gerichtliche Kontrolle – Vergleich mit der Ermessensproblematik .....	710
4. Überschneidungen .....	711
5. Anspruch auf ermessens- und beurteilungsfehlerfreie Entscheidung .....	712
IV. Das subjektive öffentliche Recht .....	714
<b>§ 23 Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen .....</b>	<b>717</b>
I. Der Verwaltungsakt .....	718
1. Begriffsbestimmung .....	719
a) Behörde .....	720
b) Hoheitliche Maßnahme .....	721
c) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts .....	723
d) Regelung .....	724
e) Einzelfall .....	726
f) Unmittelbare Rechtswirkung nach außen (Außenwirkung) .....	728
– Übersicht 17: VA-Merkmale des § 35 S. 1 VwVfG .....	731
2. Die Allgemeinverfügung .....	732
a) Bedeutung von § 35 S. 2 VwVfG .....	732
b) Fallgruppen .....	733
aa) Adressatenbezogene Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2, 1. Var. VwVfG .....	733
bb) Sachbezogene Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2, 2. Var. VwVfG .....	733
cc) Benutzungsregelnde Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2, 3. Var. VwVfG .....	734
3. Rechtliche Existenz und Wirksamkeit von Verwaltungsakten .....	736
a) Rechtliche Existenz .....	736
b) Wirksamkeit .....	737

4. Bestandskraft von Verwaltungsakten .....	739
5. Bekanntgabe von Verwaltungsakten .....	741
6. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	744
a) Einschlägige Ermächtigungsgrundlage .....	745
b) Formelle Rechtmäßigkeit .....	746
aa) Zuständigkeiten .....	747
aaa) Örtliche Zuständigkeit .....	747
bbb) Sachliche Zuständigkeit .....	747
ccc) Instantielle Zuständigkeit .....	747
bb) Verfahrensvorschriften .....	748
cc) Formvorschriften .....	749
dd) Ordnungsgemäße Bekanntgabe .....	749
ee) Begründung .....	750
c) Materielle Rechtmäßigkeit .....	751
aa) Verfassungsmäßige formell-gesetzliche Ermächtigungsgrundlage .....	751
bb) Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage .....	752
aaa) Eingriffsverwaltung .....	752
bbb) Leistungsverwaltung .....	752
cc) VA-Befugnis .....	753
dd) Tatbestandsmäßigkeit des Verwaltungsakts .....	756
ee) Beachtung von Ermessensgrenzen .....	756
ff) Übereinstimmung mit sonstigem höherrangigen Recht .....	756
gg) Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	757
hh) Bestimmtheitsgrundsatz .....	757
7. Folgen der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts .....	758
a) Nichtigkeit .....	758
b) Anfechtbarkeit .....	759
c) Unbeachtlichkeit bestimmter Verfahrens- und Formfehler .....	760
– Übersicht 18: Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsakts (Prüfschema) .....	761
8. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten .....	762
a) Bedeutung .....	762
b) Arten von Nebenbestimmungen .....	763
aa) Befristung, § 36 II Nr. 1 VwVfG .....	763
bb) Bedingung, § 36 II Nr. 2 VwVfG .....	764
cc) Widerrufsvorbehalt, § 36 II Nr. 3 VwVfG .....	764
dd) Auflage, § 36 II Nr. 4 VwVfG .....	765
ee) Auflagenvorbehalt, § 36 II Nr. 5 VwVfG .....	765
c) Unterscheidung zwischen echter und modifizierender Auflage .....	766
d) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen .....	767
aa) Verwaltungsakte, auf deren Erlass ein Anspruch besteht, § 36 I VwVfG .....	767
bb) Verwaltungsakte, auf deren Erlass kein Anspruch besteht, § 36 II VwVfG .....	767
cc) Allgemeingültige Aussagen .....	768

e) Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen .....	769
aa) Grundsätzlich Anfechtungsklage .....	769
bb) Grundsätzlich Verpflichtungsklage .....	770
9. Aufhebung von Verwaltungsakten, §§ 48-50 VwVfG .....	771
a) Allgemeines .....	771
– Übersicht 19: Aufhebung von Verwaltungsakten .....	773
b) Rücknahme rechtswidriger belastender Verwaltungsakte .....	775
c) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte .....	775
aa) Rücknahmeverbot nach § 48 II VwVfG .....	776
– Übersicht 20: Rücknahmeverbot gem. § 48 II VwVfG (Prüfschema) .....	776
bb) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungs- akte nach § 48 I 1, III VwVfG .....	777
aaa) Rücknahme nach § 48 I 1 VwVfG .....	777
bbb) Ausgleichsanspruch nach § 48 III VwVfG .....	778
cc) Rücknahmefrist des § 48 IV VwVfG .....	779
d) Widerruf rechtmäßiger belastender Verwaltungsakte .....	780
e) Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte .....	781
f) Erstattungspflicht nach § 49a VwVfG .....	784
g) Rechtsschutz .....	786
aa) Materiell-rechtliche Ansprüche .....	786
bb) Anspruchsdurchsetzung .....	788
cc) Verwaltungsakte mit Dritt- oder Doppelwirkung .....	790
– Übersicht 21: Subventionsfall .....	790
10. Wiederaufgreifen des Verfahrens, § 51 VwVfG .....	797
a) Bedeutung von § 51 VwVfG .....	797
b) Behördliche Entscheidung und Rechtsschutz .....	798
– Übersicht 22: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema) .....	800
II. Öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	801
1. Begriff und Bedeutung .....	801
2. Begriffsmerkmale .....	802
a) Vertrag .....	802
b) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts .....	803
c) Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses .....	805
3. Vertragsarten .....	806
a) Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge ..	806
b) Vergleichsverträge .....	807
c) Austauschverträge .....	808
4. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	809
a) Zulässigkeit der Vertragsform .....	809
b) Formelle Rechtmäßigkeit .....	810
aa) Zuständigkeiten .....	810
bb) Zustandekommen .....	810
cc) Schriftform .....	811

dd) Zustimmung .....	811
c) Materielle Rechtmäßigkeit .....	812
d) Rechtsfolgen der Rechtswidrigkeit .....	813
aa) Unterscheidung zwischen Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit .....	813
bb) Nichtigkeitsgründe des § 59 II VwVfG .....	814
cc) Nichtigkeitsgründe des § 59 I VwVfG .....	815
e) Folgen der Nichtigkeit .....	817
f) Abwicklung wirksamer Verträge .....	818
g) Rechtsweg .....	819
III. Rechtsverordnungen .....	820
1. Begriff .....	820
2. Ermächtigungsgrundlage .....	821
3. Rechtmäßigkeit von Rechtsverordnungen.....	822
4. Rechtsschutz.....	825
IV. Satzungen .....	827
1. Begriff .....	827
2. Ermächtigungsgrundlage .....	828
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	829
4. Rechtswidrigkeit und Rechtsschutz.....	830
V. Verwaltungsvorschriften .....	831
1. Begriff und Rechtsnatur .....	831
2. Erscheinungsformen .....	832
3. Erlass und Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften .....	834
4. Rechtswirkungen und Rechtsschutz.....	835
a) Der Grundsatz der fehlenden unmittelbaren Außenwirkung .....	835
b) Mittelbare Außenwirkung von ermessenslenkenden Verwaltungsvorschriften aus Art. 3 I GG .....	836
c) Unmittelbare Außenwirkung gesetzeskonkretisierender Verwaltungsvorschriften im Umweltrecht? .....	839
VI. Realakte .....	841
1. Begriff und Abgrenzungen .....	841
2. Rechtmäßigkeit .....	843
VII. Pläne .....	844
 <b>§ 24 Privatrechtliches Handeln der Verwaltung .....</b>	<b>845</b>
I. Kategorien privatrechtlichen Handelns der Verwaltung .....	845
II. Rechtsschutz vor staatlicher Konkurrenz.....	852
III. Rechtswegfragen.....	857
1. Die staatliche Wirtschaftstätigkeit als solche.....	857
2. Die Vergabe öffentlicher Aufträge .....	858
 <b>§ 25 Subventionsrecht .....</b>	<b>861</b>
I. Bedeutung und Begriff der Subvention .....	861
II. Rechtsgrundlage der Subventionsvergabe .....	862
– Übersicht 23: Vorbehalt des Gesetzes und Subventionsvergabe .....	867
III. Die Subventionsvergabe (Zweistufentheorie) .....	868



– Übersicht 24: Subventionen in Form von verlorenen Zuschüssen .....	870
– Übersicht 25: Zweistufentheorie im Subventionsrecht .....	872
IV. Die Rechtsstellung nichtsubventionierter Konkurrenten .....	874
1. Klage auf Subventionsgewährung (positive Konkurrentenklage) .....	874
2. Klage gegen die Subventionsgewährung (negative Konkurrentenklage) .....	877
V. Rückforderung von Subventionen .....	884
VI. EU-rechtliche Besonderheiten .....	886
1. Rückforderung EU-rechtswidriger Subventionen.....	886
2. Missachtung des Durchführungsverbots (Art. 108 III 3 AEUV).....	891
<b>Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht .....</b>	<b>894</b>
<b>Einführung .....</b>	<b>894</b>
<b>§ 26 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten .....</b>	<b>897</b>
I. Allgemeine (gemeinsame) Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	897
1. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges .....	897
a) Aufdrängende Sonderzuweisungen .....	898
b) Die allgemeine Rechtswegbestimmung des § 40 I VwGO .....	899
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit .....	900
bb) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit .....	911
cc) Keine anderweitige gesetzliche Zuweisung .....	913
2. Gerichtszuständigkeiten .....	915
a) Sachliche Zuständigkeit .....	915
b) Örtliche Zuständigkeit .....	915
3. Richtiger Beklagter .....	916
4. Beteiligungsfähigkeit .....	918
5. Prozessfähigkeit und Prozessvertretung .....	921
6. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	923
II. Die Anfechtungsklage .....	924
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	924
a) Statthaftigkeit .....	924
b) Klagebefugnis .....	925
c) Vorverfahren .....	927
d) Klagefrist .....	932
2. Begründetheit .....	933
III. Verpflichtungsklage .....	934
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	934
a) Statthaftigkeit .....	934
b) Klagebefugnis .....	935
c) Vorverfahren .....	937
d) Klagefrist .....	938
2. Begründetheit .....	939
IV. Allgemeine Leistungsklage .....	941
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	941

a) Statthaftigkeit .....	941
b) Klagebefugnis .....	943
c) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	943
2. Begründetheit .....	944
V. Feststellungsklage .....	945
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	945
a) Statthaftigkeit .....	945
b) Subsidiarität .....	949
c) Feststellungsinteresse .....	952
d) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	953
2. Begründetheit .....	954
VI. Normenkontrolle .....	955
1. Allgemeines .....	955
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	957
a) Statthaftigkeit .....	957
b) Antragsgegner .....	960
c) Beteiligtenfähigkeit, Prozessfähigkeit und Prozessvertretung .....	960
d) Antragsbefugnis .....	961
e) Frist .....	962
3. Begründetheit .....	963
– Übersicht 26: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüfschema) .....	964
<b>§ 27 Sonderformen des Rechtsschutzes .....</b>	<b>965</b>
I. Die Fortsetzungsfeststellungsklage .....	965
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	965
a) Statthaftigkeit .....	965
b) Klagebefugnis .....	967
c) Feststellungsinteresse .....	968
aa) Wiederholungsgefahr .....	968
bb) Rehabilitationsinteresse .....	969
cc) Vorbereitung einer Amtshaftungs- oder Entschädigungsklage .....	970
dd) Verwaltungsakte, die sich typischerweise kurzfristig erledigen .....	971
ee) Tiefgreifende Grundrechtseingriffe? .....	971
d) Vorverfahren .....	971
e) Klagefrist .....	972
2. Begründetheit .....	972
– Übersicht 27: Fortsetzungsfeststellungsklage (Prüfschema) .....	973
II. Klage sui generis .....	973
III. Normerlassklage .....	974
IV. Vorbeugender Rechtsschutz .....	978
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	978
a) Statthaftigkeit .....	978
b) Klagebefugnis .....	982

c) Besonderes Rechtsschutzbedürfnis .....	984
2. Begründetheit .....	985
V. Verwaltungsgerichtliche Organklagen .....	986
1. Begriff und Bedeutung .....	986
2. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges .....	987
3. Klageart .....	990
4. Klagebefugnis .....	994
5. Richtiger Beklagter (passive Prozessführungsbefugnis) .....	996
6. Beteiligten und Prozessfähigkeit .....	997
– Übersicht 28: Verwaltungsgerichtliche Organklagen (Prüfschema) .....	998
VI. Vorläufiger Rechtsschutz .....	999
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen Verwaltungsakte .....	1000
– Übersicht 29: Antrag auf gerichtliche Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach §§ 80 V 1, 80a III 2 VwGO (Prüfschema) .....	1002
2. Die einstweilige Anordnung .....	1003
a) § 123 VwGO .....	1003
– Übersicht 30: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO (Prüfschema) .....	1004
b) § 47 VI VwGO .....	1005
<b>§ 28 Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens .....</b>	<b>1006</b>
<b>Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht .....</b>	<b>1010</b>
<b>Einführung .....</b>	<b>1010</b>
<b>§ 29 Die wichtigsten Haftungsinstitute .....</b>	<b>1011</b>
I. Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB, Art. 34 GG .....	1011
1. Handeln (Unterlassen) in Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	1012
2. Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht .....	1015
a) Amtspflicht .....	1015
b) Drittrichtung der Amtspflicht .....	1016
c) Verstoß gegen die Amtspflicht .....	1018
3. Verschulden .....	1019
4. Schaden .....	1019
5. Kausalität .....	1019
6. Kein Haftungsausschluss .....	1020
a) Subsidiaritätsklausel (Verweisungsprivileg) des § 839 I 2 BGB .....	1020
b) Spruchrichterprivileg des § 839 II 1 BGB .....	1021
c) Nichtergreifen von Rechtsbehelfen, § 839 III BGB .....	1021
7. Art und Umfang des Schadensersatzes .....	1022
8. Verjährung .....	1023
9. Der haftende Hoheitsträger .....	1023
10. Rechtsweg .....	1023

– Übersicht 31: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG (Prüfschema) .....	1024
II. Entschädigung für Eigentumseingriffe .....	1025
1. Anspruch auf Enteignungsentschädigung .....	1026
a) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	1028
b) Eigentumseingriff .....	1028
c) Hoheitlicher Rechtsakt mit Enteignungscharakter .....	1029
d) Gemeinwohlinteresse .....	1030
e) Gesetzliche Entschädigungsregelung .....	1030
f) Rechtmäßigkeit des Eigentumseingriffs im übrigen .....	1031
g) Art und Umfang der Entschädigung .....	1032
h) Verjährung .....	1033
i) Anspruchsgegner .....	1033
j) Rechtsweg .....	1033
2. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff .....	1034
a) Begriff und Rechtsgrundlage .....	1034
b) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	1035
c) Eigentumseingriff .....	1036
d) Unmittelbarkeit des Eingriffs und der Eingriffsfolgen .....	1037
e) Rechtswidrigkeit .....	1038
f) Sonderopfer .....	1039
g) Gemeinwohlbezug .....	1039
h) Ausschluss für legislatives Unrecht .....	1040
i) Rechtsgedanke des § 254 BGB .....	1042
aa) Vorrang des Primärrechtsschutzes .....	1042
bb) Sonstiges Mitverschulden .....	1043
j) Art und Umfang der Entschädigung .....	1044
k) Verjährung .....	1044
l) Anspruchsgegner .....	1044
m) Rechtsweg .....	1044
3. Anspruch aus enteignendem Eingriff .....	1045
a) Begriff und Rechtsgrundlage .....	1045
b) Öffentlich-rechtliches Handeln, Eigentumseingriff, Unmittelbarkeit .....	1046
c) Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Handelns .....	1047
d) Sonderopfer .....	1047
e) Ausschluss für legislative Folgen .....	1048
f) Rechtsgedanke des § 254 BGB .....	1049
g) Sonstige Anspruchsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	1049
4. Anspruch aufgrund ausgleichspflichtiger Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	1050
– Übersicht 32: Entschädigungsansprüche für Eigentumseingriffe (Prüfschema) .....	1051
III. Aufopferungsansprüche .....	1052
IV. Folgenbeseitigungsanspruch .....	1054
1. Begriff und Differenzierung .....	1054

2. Rechtsgrundlage .....	1055
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	1056
a) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	1056
b) Rechtseingriff .....	1056
c) Unmittelbarkeit der Folgen .....	1057
d) Rechtswidrigkeit der Folgen .....	1058
e) Rechtsgrundlosigkeit der Folgen .....	1059
f) Möglichkeit der Folgenbeseitigung .....	1061
g) Zumutbarkeit der Folgenbeseitigung .....	1062
h) Rechtsgedanke des § 254 BGB .....	1063
i) Prinzipieller Ausschluss von Folgenentschädigung .....	1064
j) Legislatives Unrecht .....	1065
k) Verjährung .....	1066
l) Anspruchsgegner .....	1066
4. Prozessuale Durchsetzung .....	1067
– Übersicht 34: Folgenbeseitigungsanspruch (Prüfschema) .....	1070
V. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch .....	1071
1. Begriff .....	1071
2. Rechtsgrundlage .....	1072
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	1073
a) Vermögensverschiebung .....	1073
b) Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung .....	1074
c) Ohne Rechtsgrund .....	1075
d) Erstattungsumfang .....	1075
e) Kein Ausschluss des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs .....	1076
4. Verjährung .....	1079
5. Prozessuale Durchsetzung .....	1080
– Übersicht 34: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema) .....	1082
VI. Schadensersatzansprüche aus öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen .....	1083
VII. Polizei- und ordnungsrechtlicher Ausgleichsanspruch .....	1086
1. Anwendungsbereich .....	1086
2. Die Unterscheidung zwischen rechtmäßigem und rechtswidrigem Handeln .....	1087
3. Das Kriterium der Unmittelbarkeit der Folgen .....	1090
4. Das Kriterium der Zielrichtung behördlichen Handelns .....	1091
5. Anscheins-, Verdachtsstörer und unbeteiligter Dritter .....	1092
a) Anscheins- und Verdachtsstörer .....	1092
b) Unbeteiligte Dritte .....	1094
6. Konkurrenzen .....	1096
– Übersicht 35: Polizei- und ordnungsrechtliche Schadensaus- gleichsansprüche gem. §§ 64 ff. HSOG (Prüfschema) .....	1096
VIII. EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch .....	1097
1. Ausgangssituation .....	1097

2. Begriff und Rechtsgrundlage .....	1099
3. Anspruchsstruktur .....	1100
4. Tatbestandsvoraussetzungen und Anspruchsaufbau .....	1101
– Übersicht 36: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch (Prüfschema) .....	1101

### Teil 3: Europarecht

<b>Einführung</b> .....	1102
<b>§ 30 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung</b> .....	1103
I. Die Europäische Union .....	1103
II. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich Ver- teidigungspolitik .....	1104
III. Die Europäische Atomgemeinschaft.....	1105
– Übersicht 37: EU, EAG und GASP .....	1106
IV. Die Organe und weitere Institutionen der EU .....	1107
1. Die EU-Organe .....	1107
a) Das Europäische Parlament, Art. 13, 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV .....	1107
b) Der Europäische Rat, Art. 13, 15 EUV, Art. 235 f. AEUV .....	1108
c) Der Rat, Art. 13, 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV.....	1110
d) Die Kommission, Art. 13, 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV .....	1112
e) Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), Art. 13, 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV .....	1113
f) Die Europäische Zentralbank (EZB), Art. 13 EUV, Art. 282 ff. AEUV .....	1114
g) Der Rechnungshof, Art. 13 EUV, Art. 285 ff. AEUV .....	1114
2. Weitere Institutionen der EU.....	1115
a) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheits- politik, Art. 18, 27 EUV .....	1116
b) Die Europäische Investitionsbank (EIB), Art. 308 f. AEUV .....	1116
– Übersicht 38: Die Organe und weitere Institutionen der EU.....	1117
c) Ausschüsse, Art. 13 IV EUV, Art. 300 ff. AEUV .....	1117
V. EU-Beitritt, EU-Austritt und EU-Ausschluss .....	1118
1. Beitritt.....	1118
2. Austritt und Ausschluss .....	1123
<b>§ 31 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts</b> .....	1124
I. Primäres EU-Recht .....	1124
1. Die Gründungsverträge .....	1124
2. Die Grundrechte der EU.....	1124
3. Die gewohnheitsrechtlichen Rechtssätze und (ungeschriebenen) allgemeinen Rechtsgrundsätze des EU-Rechts .....	1124
4. Rechtswirkung .....	1124

II. Sekundäres EU-Recht .....	1125
1. Verordnungen, Art. 288 II AEUV .....	1125
2. Richtlinien, Art. 288 III AEUV .....	1126
3. Beschlüsse, Art. 288 IV AEUV .....	1131
4. Empfehlungen und Stellungnahmen, Art. 288 V AEUV .....	1131
– Übersicht 39: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV .....	1132
III. EU-rechtsinterne Rangordnung .....	1133
IV. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	1134
V. Verteilung der Kompetenz im Verhältnis zwischen EU und Mitglied-	
staaten im einzelnen .....	1136
1. Grundregel.....	1136
2. Ausschließliche Rechtsetzungskompetenz der EU.....	1137
3. Geteilte (konkurrierende) Rechtsetzungskompetenz der EU .....	1138
4. Koordinierungs- und Unterstützungskompetenz	
(Rahmenkompetenz) der EU.....	1140
5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	1140
VI. Rechtsetzungsverfahren.....	1141
– Übersicht 40: Rechtsetzungsverfahren.....	1142
VII. Ausweitung der Kompetenzen der EU.....	1143
VIII. Rechtmäßigkeit des EU-Rechts .....	1145
 <b>§ 32 Die Europäischen Grundrechte .....</b>	 1146
I. Standort .....	1146
II. Ausformungen des Rechtsstaatsprinzips .....	1149
III. Grundrechtsberechtigte und Grundrechtsverpflichtete .....	1150
 <b>§ 33 Die Grundfreiheiten .....</b>	 1152
I. Standort .....	1152
II. Die Grundfreiheiten im Überblick .....	1154
1. Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV .....	1154
a) Schutzbereich .....	1154
b) Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen .....	1156
2. Freizügigkeit, Art. 21 AEUV .....	1157
3. Wahlrecht, Art. 22 AEUV .....	1157
4. Freiheit des Warenverkehrs, Art. 28-37 AEUV .....	1158
a) Allgemeine Bedeutung .....	1158
b) Zollunion .....	1159
c) Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen .....	1161
aa) Eröffnung des Schutzbereichs .....	1161
aaa) Personeller Schutzbereich .....	1161
bbb) Sachlicher Schutzbereich .....	1162
bb) Eingriff in den Schutzbereich .....	1165
cc) Eingriffsrechtfertigung .....	1170
aaa) Cassis-Formel .....	1170
bbb) Art. 36 AEUV .....	1172

– Übersicht 41: Freiheit des Warenverkehrs, Art. 28 ff.	
AEUV (Prüfschema) .....	1175
d) Umformung staatlicher Handelsmonopole, Art. 37 AEUV .....	1176
5. Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Art. 45-48 AEUV .....	1177
a) Eröffnung des Schutzbereichs .....	1177
b) Eingriff in den Schutzbereich .....	1180
c) Eingriffsrechtfertigung .....	1182
6. Niederlassungsfreiheit, Art. 49-55 AEUV .....	1183
a) Schutzbereich .....	1183
b) Eingriff in den Schutzbereich .....	1185
c) Eingriffsrechtfertigung .....	1187
7. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56-62 AEUV .....	1188
a) Schutzbereich .....	1188
b) Eingriff in den Schutzbereich .....	1191
c) Eingriffsrechtfertigung .....	1192
8. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs, Art. 63-66 AEUV .....	1193
a) Schutzbereich .....	1193
b) Eingriffsrechtfertigung .....	1194
III. Grundfreiheitsberechtigte und Grundfreiheitsverpflichtete .....	1195
<b>§ 34 Die Haftung der Europäischen Union .....</b>	<b>1197</b>
I. Vertragliche Haftung der EU, Art. 340 I AEUV .....	1197
II. Außervertragliche Haftung der EU, Art. 340 II AEUV .....	1198
1. Organe und Bedienstete der EU .....	1198
2. In Ausübung einer Amtstätigkeit .....	1198
3. Rechtswidrigkeit .....	1199
a) Schutznormverletzung .....	1199
b) Hinreichend qualifizierter Rechtsverstoß .....	1199
4. Schaden .....	1200
5. Kausalität .....	1200
6. Art und Umfang des Schadensersatzes .....	1200
7. Anspruchsberechtigte und Anspruchsverpflichtete .....	1200
8. Verjährung .....	1201
9. Vorrang des Primärrechtsschutzes .....	1201
10. Prozessuale Geltendmachung .....	1201
<b>§ 35 Rechtsschutz durch den EuGH .....</b>	<b>1202</b>
I. Allgemeines .....	1202
II. Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258 f. AEUV .....	1203
1. Zulässigkeit .....	1203
a) Parteifähigkeit .....	1203
b) Vorverfahren .....	1204
2. Begründetheit .....	1204
III. Nichtigkeitsklage, Art. 263 AEUV .....	1205
1. Zulässigkeit .....	1205
a) Parteifähigkeit .....	1205



b) Klagegegenstand (Angriffsgegenstand) .....	1206
c) Klagebefugnis .....	1207
aa) Privilegierte Kläger, Art. 263 II, III AEUV .....	1207
bb) Nichtprivilegierte Kläger, Art. 263 IV AEUV .....	1208
aaa) Adressaten von Handlungen, Art. 263 IV	
1. Var. AEUV .....	1209
bbb) Unmittelbar und individuell betreffende Handlungen,	
Art. 263 IV 2. Var. AEUV .....	1211
ccc) Rechtsakte mit Verordnungsscharakter, Art. 263 IV	
3. Var. AEUV .....	1214
2. Begründetheit .....	1216
IV. Untätigkeitsklage, Art. 265 AEUV .....	1217
1. Zulässigkeit .....	1217
a) Parteifähigkeit .....	1217
b) Klagegegenstand .....	1217
c) Klageberechtigung (Klagebefugnis) .....	1218
d) Vorverfahren .....	1219
e) Frist .....	1219
2. Begründetheit .....	1220
V. Amtshaftungsklage, Art. 268 i.V.m. Art. 340 II AEUV .....	1221
VI. Vorabentscheidungsverfahren, Art. 267 AEUV .....	1222
1. Zulässigkeit einer Vorlage .....	1223
a) Vorlageberechtigte .....	1223
b) Vorlagegegenstand (Vorlagefrage) .....	1223
c) Vorlagerecht und Vorlagepflicht .....	1224
aa) Vorlagerecht .....	1224
bb) Vorlagepflicht .....	1225
2. Die Entscheidung über die Vorlage durch den EuGH .....	1228
VII. Einstweiliger Rechtsschutz .....	1229
– Übersicht 42: Die wichtigsten EuGH-Verfahrensarten .....	1230
<b>§ 36 EU-Recht und nationales Recht .....</b>	<b>1231</b>
I. Anwendungsvorrang des EU-Rechts .....	1231
1. Schaffung einer eigenständigen, vorrangigen europäischen	
Rechtsordnung .....	1231
2. Voraussetzungen und Grenzen der Übertragung von Hoheits-	
rechten .....	1234
a) Voraussetzungen der Übertragung von Hoheitsrechten und	
der Mitgestaltung der Europäischen Rechtsordnung .....	1234
b) Grenzen der Übertragung von Hoheitsgewalt und des	
Anwendungsvorrangs des EU-Rechts .....	1235
aa) Formelle Grenzen .....	1235
bb) Materielle Grenzen .....	1235
II. Bundesverfassungsgerichtliche Kontrolle der innerdeutschen	
Anwendbarkeit von EU-Recht .....	1238
1. Primäres EU-Recht .....	1238

2. Sekundäres EU-Recht .....	1240
a) Grundgesetzliche Grenzen der Anwendbarkeit sekundären EU-Rechts .....	1240
b) Bundesverfassungsgerichtliche Kontrolle sekundären EU-Rechts .....	1243
c) Bundesverfassungsgerichtliche Prüfungsdichte .....	1244
3. Nationaler Vollzug sekundären EU-Rechts .....	1249

#### Teil 4: Übungsfälle

	Seite
Fall 1: Das Hundehalteschutzgesetz .....	653
Fall 2: Fragwürdige Bundesstatistik .....	663
Fall 3: Das Baugewerbeengesetz .....	673
Fall 4: Weg mit den Pfunden .....	683
Fall 5: Ein Bayer in Hessen .....	695
Fall 6: Der Schokoladenfall .....	703
Fall 7: Die Subventionsrichtlinie .....	715
Fall 8: Rückforderung einer EU-rechtswidrigen Subvention .....	723
Fall 9: Die unmögliche Vertragsrückabwicklung .....	737
Fall 10: Freier Arzneimittelverkehr in der EU .....	747
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	759

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG